

Vorwort der Herausgeber

Als die Bürger:innen der Europäischen Union zum letzten Mal an die Wahlen gerufen wurden, waren sowohl die Welt als auch die Europäische Union noch eine andere. Seit 2019 wurde die Union in ihren Grundfesten mehrfach erschüttert: Die Covid-19-Pandemie bedrohte Leib und Leben ihrer Bürger:innen, der nach wie vor tobende russische Angriffskrieg auf die Ukraine zwingt sie, ihre eigene Sicherheit gestalten zu müssen. Auch Wirtschaftskraft, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand der Europäischen Union befinden sich in einem besorgniserregenden Zustand.

Nun, im Jahr 2024, verdeutlichen die Ergebnisse nationaler Wahlen sowie der Europawahl die womöglich größte Bedrohung für die Europäische Union: ihre Zersplitterung von innen. Der permanente Krisenmodus hat zu Verunsicherung der Bürger:innen geführt, die sich an den Wahlen zeigt. Europa rückt nach rechts, ebenso wie zahlreiche Mitgliedstaaten der Union, wie die Beispiele Österreich, Frankreich oder die Niederlande zeigen. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien vermögen am meisten von der gesellschaftlichen Polarisierung zu profitieren. Zukünftig werden nun drei Fraktionen rechts von der gestärkten Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament versuchen, die Union von innen heraus unter Druck zu setzen.

Gleichzeitig ist die neue Europäische Kommission gefordert, die Wettbewerbsfähigkeit der Union zu stärken, ihre Rolle als globale Akteurin – einschließlich ihrer Erweiterung – weiterzuentwickeln und ihr liberal-demokratisches Politik- und Gesellschaftsmodell gegen innere und äußere Angriffe zu verteidigen. Die Legislaturperiode 2024–2029 wird zur wohl wichtigsten seit Bestehen der Europäischen Union.

Diese großen Herausforderungen spiegeln sich auch in den Beiträgen der 44. Ausgabe des Jahrbuchs der Europäischen Union wider. Werner Weidenfeld verdeutlicht in seiner *Bilanz*, dass die EU mehr denn je kluger strategischer Köpfe bedarf. In seinem Beitrag über die *Wahlen zum Europäischen Parlament 2024* analysiert Manuel Müller die Auswirkungen des Wahlergebnisses auf die Fraktionsbildung. Andreas Maurer bietet einen Rückblick auf die vergangene Legislaturperiode des *Europäischen Parlaments* und wagt einen Ausblick auf die kommende Amtszeit. Der Beitrag zur *Jugendpolitik* (Eva Feldmann-Wojtachnia) blickt dezidiert auf das extremer werdende Wahlverhalten junger Menschen und erläutert die Notwendigkeit für neue Beteiligungsmöglichkeiten. Auch die Beiträge zu den Mitgliedstaaten geben Einblick in zentrale Wahlkampfthemen und -ergebnisse. Sie analysieren Implikationen für die Europapolitik, ohne dabei die Entwicklungen abseits der Europawahlen zu vernachlässigen. So berichtet etwa Agnieszka K. Cianciara über den Wahlsieg Donald Tusks in *Polen* und den schwierigen Weg zur Wiederherstellung des polnischen Rechtsstaats. Anja Thomas arbeitet im Beitrag *Frankreich* die Turbulenzen im politischen System der Fünften Republik und die Schwäche des deutsch-französischen Tandems auf. Alexander Grasse und Silvia Bolgherini analysieren den Spagat zwischen innenpolitischem Systemumbau und außenpolitischem Pragmatismus in *Italien*.

Mit dem Ende der Legislaturperiode endete auch die Amtszeit der Europäischen Kommission unter Ursula von der Leyen. Diese wurde mit 401 zu 284 Stimmen vom Europäischen Parlament im Amt bestätigt. Die Zusammensetzung der neuen *Europäischen Kommission*, ihre Ziele und Herausforderungen analysiert Andreas Hofmann.

Doch auch im globalen „Superwahljahr“ 2024 bestehen die existierenden Krisen fort. Noch immer herrscht Krieg in Europa, auch im dritten Kriegsjahr geht das Sterben

unvermindert weiter. Dennoch bleibt die Unterstützungsbereitschaft der Union für die Ukraine unvermindert hoch, wie Mathias Jopp im Beitrag *Die Europäische Union und der Krieg in der Ukraine* resümiert. Dass die Union auch zu kreativen Lösungen – zum Beispiel strategische Kaffeepausen für kremlfreundliche Politiker aus Budapest – fähig ist, berichten Lucas Schramm und Wolfgang Wessels über den *Europäischen Rat*.

Kreativität und Pragmatismus sind angesichts der innenpolitischen Herausforderungen, mit denen sich die Union konfrontiert sieht, sicherlich nicht schädlich. Gabriel N. Toggenburg schildert in seinem Beitrag zur *Rechtsstaatlichkeit* die Bemühungen, die Grundwerte der Union zu bewahren. Aline Bartenstein und Christian Lippert zeigen in ihren Beiträgen zur *Umwelt- und Klimapolitik* bzw. zur *Agrar- und Fischereipolitik* die großen Kontroversen hinsichtlich des Europäischen Grünen Deals auf, der 2019 für von der Leyen noch so bedeutsam gewesen war. Auch Migration bleibt ein hochrelevantes Thema: Der Beitrag *Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik* (Sophie Meiners und Svenja Niederfranke) erklärt die im April 2024 endlich beschlossene Reform des europäischen Asylsystems.

Das Jahrbuch bietet jedoch auch kundige Analysen der außenpolitischen Herausforderungen der Europäischen Union. Ein besonderes Augenmerk fällt dabei neben dem russischen Angriffskrieg auf den Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, die israelische Kriegsführung und die Gefahr einer erheblichen Ausweitung des Konflikts, wie Simon Hartmann-Schulz in seinem Beitrag *Nahostpolitik* deutlich macht. Beide Konflikte in der Nachbarschaft lassen Bruchlinien innerhalb der Union entstehen, wie etwa Eduard Soler i Lecha und Laia Mestres in ihrem Beitrag zu *Spanien* oder Annegret Bendiek und Moritz Wiesenthal zur *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* darlegen. Uneinigkeit gibt es auch im Hinblick auf die Beziehungen zu *China* (Franco Algieri). Das Streben Europas nach größerer geopolitischer Relevanz wird auch durch die Gestaltung neuer Politikbereiche deutlich, wie Tobias Etzold erstmals im Bereich der *Arktispolitik* analysiert. Schließlich verdeutlicht der Beitrag *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik* (Florence Ertel und Daniel Göler) die Bemühungen, die militärische Wehrfähigkeit Europas zu verbessern.

Trotz dieser vielen Krisen überrascht es immer wieder, wie stabil die *institutionelle Architektur* der EU erscheint, schlussfolgern Carsten Gerards und Wolfgang Wessels.

Dieser kurze inhaltliche Abriss macht deutlich: Das Jahrbuch ist und bleibt eine einzigartige Quelle europäischer Zeitgeschichte. Seit 1980 begleitet das Jahrbuch in seiner jährlichen Analyse die Entwicklungen in der EU und ihren Mitgliedstaaten. Die Autor:innen der über 100 sorgfältig ausgewählten, zusammengestellten und redigierten Beiträge sind ausgewiesene Expert:innen ihres Fachs. Sie beschreiben die Ereignisse des vergangenen Jahres (Sommer 2023 bis Sommer 2024) und analysieren deren Bedeutung für den Fortgang der Europäischen Integration.

Den Autor:innen sei an dieser Stelle ein großer Dank ausgesprochen. Ein besonderer Dank gilt außerdem York Albrecht, Jakob Burger, Janika Wiborny, Tim Feldmann und Leander Kraft für ihre sachkundige und aufmerksame redaktionelle Arbeit. Das Jahrbuch ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München (C·A·P) und dem Centrum für Türkei- und EU-Studien (CETEUS) der Universität zu Köln verwirklicht wird. Zuletzt danken wir auch dem Auswärtigen Amt, ohne dessen großzügige Förderung das Jahrbuch nicht realisierbar wäre.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels